



Detailansicht des Registereintrags

DATABUND e.V.

Stand vom 04.01.2026 19:32:26 bis 04.01.2026 19:34:12

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001231
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	04.01.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	11.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Europaplatz 2 10557 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930220661600 E-Mail-Adressen: d.sander@atabund.de Webseiten: www.atabund.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

70.001 bis 80.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Detlef Sander Dipl.-Ing.**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Stephan Hauber**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender
3. **Dr. Günther Metzner**
Funktion: Schatzmeister
4. **Heiko Pongratz**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender
5. **Felix Ebner**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender
6. **Thomas Patzelt**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender
7. **Sirko Scheffler**
Funktion: Vorstandsvorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Martin Fuhrmann M. A. Politikmanagement**
2. **Detlef Sander Dipl.-Ing.**
3. **Sirko Scheffler**

Gesamtzahl der Mitglieder:

78 Mitglieder am 01.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (10):

1. D21 e.V.
2. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
3. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
4. Afrikaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.
5. BitMi - Bundesverband IT-Mittelstand e.V.
6. DIN Deutsches Institut für Normung e.V.
7. Charta Digitale Vernetzung e.V.
8. Nationales E-Government Kompetenzzentrum e. V.
9. Buergerservice.org e.V.
10. Kommune X.0 e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (16):

Parlamentarisches Verfahren; EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Zivilrecht; Tourismus; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Kleine und mittlere Unternehmen; Vergaben (Vergaben per Gesetz oder Verordnung, Wettbewerbsrecht, Wettbewerbsausschlüsse), Standardisierung in der Verwaltungs-IT, EVB-IT-Verträge

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der DATABUND e.V. ist der Bundesverband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor. Das Ziel des Verbandes ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen und zu erhalten, in denen die für die öffentliche Hand tätigen IT-Unternehmen im freien Wettbewerb ihren Tätigkeiten nachgehen können. Insbesondere sollen Inhousevergaben, Vergaben per Gesetz oder Verordnung oder sonstige Benachteiligungen der Wirtschaftsunternehmen gegenüber den öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleistern vermieden werden. Unsere Mitglieder sind in einer Sonderposition, da ihre Kunden gleichzeitig auch Mitbewerber sind und die Regeln bestimmen, unter denen sie tätig sein können. Wir geben den meist kleinen und mittelständischen Dienstleistern und Softwarehäusern eine Stimme und Öffentlichkeit. Wir informieren unsere Mitglieder über Gesetzesvorhaben oder IT-Vorhaben, die ihre Arbeit beeinträchtigen oder fördern können.

Wir sind darüber hinaus Ansprechpartner für Politik und Ressorts, wenn es um kommunale IT und kommunale Fachverfahren geht, als einziger Verband mit diesem Fokus. Wir geben Stellungnahmen ab zu diesen Vorhaben, welche nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollten.

Gleichzeitig sind unsere Mitglieder auch Steuerzahler/innen und IT-Fachleute mit oft jahrzehntelanger Expertise im Bereich der öffentlichen Verwaltungen. Dies führt dazu, dass wir auch versuchen die Bedingungen für die Digitalisierung der Verwaltungen allgemein zu verbessern und dahingehend Einfluss zu nehmen, dass praktikable und kostengünstig umsetzbare Lösungen und Strategien entwickelt werden. Wir wollen dabei auch Misswirtschaft und Geldverschwendung entgegenwirken und uns für schlanke wirtschaftliche Lösungen einsetzen.

Zur Erreichung unserer Ziele ergreifen wir die folgenden Maßnahmen

- Gespräche
- Diskussionsrunden
- Informationsveranstaltungen
- Durchführung von Kongressen

mit und für

- Personen in Bundespolitik und -Ressorts (vorwiegend BMI, BMG, BMWi)
- Personen in Landespolitik und -Ressorts (analog wie Bund)

- leitende Personen in nachgeordneten Behörden mit IT-Bezug von Bund und Ländern
- kommunale Spitzenverbände
- Fachorganisationen der öffentlichen Hand
- andere Wirtschaftsverbände
- Kommunal- und Kreisverwaltungen

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Verankerung von Standardisierung und der Beteiligung der Privatwirtschaft im OZGÄndG

Beschreibung:

- Einführung einer Standardisierungsagenda für die Verwaltungsdigitalisierung mit Beteiligung und Einfluss der Fachsoftware-Hersteller für den kommunalen Sektor
- Einbeziehung der kommunalen Fachsoftware-Hersteller in die Digitalisierungsvorhaben von Bund und Ländern für eine durchgängige Digitalisierung der Verwaltungs-Prozesse
- Beibehaltung der dezentralen kommunalen IT-Verfahren und Register und KEINE Zentralisierung von kommunalen IT-Anwendungen

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 93/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung (OZG-Änderungsgesetz - OZGÄndG)

Betroffenes geltendes Recht:

OZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Vergaben (Vergaben per Gesetz oder Verordnung, Wettbewerbsrecht, Wettbewerbsausschlüsse), Standardisierung in der Verwaltungs-IT, EVB-IT-Verträge

2. Verordnung zur Entlastung der Bundespolizei und der Verwaltung im Bereich des Pass- und Ausweiswesens sowie zur Änderung weiterer Vorschriften

Beschreibung:

Ziel ist die Aufhebung der Quersubventionierung der Kosten für die Fotoautomaten der Bundesdruckerei durch eine Erhöhung der Pass und Ausweisgebühren, welche die Kommunen an die Bundesdruckerei zahlen müssen. Die Fotoautomaten der Bundesdruckerei müssen stattdessen über eine auskömmliche sachbezogene Gebühr finanziert werden. Damit bleibt der Wettbewerb und die Marktchancen für privatwirtschaftliche Anbieter von Fotoautomaten und die lokalen Fotostudios erhalten.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Entlastung der Bundespolizei und der Verwaltung im Bereich des Pass- und Ausweiswesens sowie zur Änderung weiterer Vorschriften (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 29.09.2025

Federführendes Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]; Vergaben (Vergaben per Gesetz oder Verordnung, Wettbewerbsrecht, Wettbewerbsausschlüsse), Standardisierung in der Verwaltungs-IT, EVB-IT-Verträge

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2601040004 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.10.2025 an:

Bundestag

Organe [alle SG dorthin]

3. Illegale Finanzierung von illegalen Fotoautomaten der Bundesdruckerei durch das BMI**Beschreibung:**

Entgegen dem Willen des Deutschen Bundestages hat das BMI die bundesweite Zerstörung der Privatwirtschaft im Bereich von Fotoautomaten und Fotostudios betrieben, mit einem völlig unseriösen Vorgehen. Da das BMI nicht über die dafür notwendigen 170 Mio. EUR verfügte, erhöht sie die Pass- und Ausweisgebühren, um die kostenlose Aufstellung von Fotoautomaten der Bundesdruckerei, die weder ein vernünftigs Zertifikat aufweisen, noch den Sicherheitsbestimmungen entsprechen, zu finanzieren.

Dieses Vorgehen muss gestoppt und die Vernichtung der mittelständischen Unternehmen durch das BMI beendet werden.

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2601040002 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2601040003 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.04.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

350.001 bis 360.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[JA-2024-Uebermittlung-an-Lobbyregister.pdf](#)